

■ »Grau ist alle Theorie ...«

Aussichten auf die Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen nach den Wahlen

I
 Klarer hätte der schwarz-gelbe Wahlsieg zwischen Rhein und Weser kaum ausfallen können und schwerer konnte die Niederlage der rot-grünen Koalition kaum werden. Der Souverän hat entschieden: Es soll eine andere Politik sein im bevölkerungsreichsten Bundesland und wahrscheinlich nicht nur dort. Auch wenn nach der Wahl höchst unklar geblieben ist, was genau sich ändern soll und welche Schwerpunkte gesetzt werden, so ist doch deutlich geworden, dass Kulturpolitik nicht gemeint war. Um so mehr überrascht es, dass die Mehrheitsfraktion im neuen Landtag gerade auf diesem Politikfeld punkten will, als hätte sie hier noch eine Rechnung offen mit der Sozialdemokratie, die die Bildungs- und Kulturpolitik von jeher zu ihren zentralen Issues zählt. Bereits am 24. Januar 2005 hatte der Spitzenkandidat der Union, Jürgen Rüttgers, in einem Pressegespräch angekündigt, sich für eine »Neuausrichtung der Kulturpolitik« und einen »kulturellen Aufbruch« einsetzen zu wollen und den Kulturhaushalt aufgrund seiner derzeitigen Geringfügigkeit (0,2 bis 0,3 Prozent des Haushaltes) zu verdoppeln. Dies sei »keine Frage der Finanzmittel, sondern der Prioritätensetzung«, stand in der Verlautbarung.

Der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Klaus Kaiser hat dieses Wahlversprechen sowohl in den *Kulturpolitischen Mitteilungen* als auch auf einer Veranstaltung der *Kulturpolitischen Gesellschaft* und des *Kulturrates NRW* am 25. April in der LH Düsseldorf wiederholt und mit Zahlen und Angaben zur Finanzierung unterlegt. Danach soll des Kulturretat mittelfristig (d.h. in den nächsten fünf Jahren) von ca. 70 auf 140 Millionen Euro aufgestockt werden. Die Finanzierung könne aus den Abbau der Kohlesubventionen und durch die Reduzierung von Landespersonal erfolgen. Was so klar und unmissverständlich vorgetragen wurde, fand indes weder beim politischen Gegner noch in der Kulturszene eine bemerkenswerte Resonanz. Während (Ex-)Kulturminister Michael Versper ein ähnliches Ansinnen des kulturpolitischen Sprechers von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Oliver Keymis, das dieser – allerdings weniger öffentlichkeitswirksam – bereits früher formuliert hatte, postwendend ins Reich der Fabel verwiesen hatte, zog die SPD es vor, sich in dieser Frage gar nicht zu positionieren.

Bemerkenswerter als dies war jedoch das Verhalten der Kulturszene, die sich – erst vor Jahresfrist durch die amtierende Landesregierung arg geschröpft – weder durch Überraschungsrufe noch durch formulierte Skepsis oder Beifallsbekundungen vernehmen ließ.¹ Sie wird sich wohl noch immer und jetzt erst recht die Augen reiben. Und sie tut dies sicherlich zurecht, weil ein ungetrübter Blick auch zukünftig vonnöten sein wird. Zu Euphorie gibt es erst dann einen Anlass, wenn den Worten Taten folgen und aus der Absichtserklärung überprüfbare Ansätze im Landeshaushalt geworden sind. Schon die Ankündigung des Ministerpräsidenten in spe am Tag nach der Wahl, man dürfe von der neuen Landesregierung nicht zu viel erwarten, erinnern an bekannte Muster der Anspruchsdeflation und nähren das Misstrauen, dass dem annoncierten Aufbruch womöglich ein ernüchterndes Erwachen folgt. Solange dies jedoch nicht an Fakten erkennbar ist, sollte die »Flinte nicht ins Korn geworfen werden«. Sinnvoller ist es, sich vorerst unvoreingenommen mit den Vorschlägen der zukünftigen Regierungskoalition zu beschäftigen und das kulturpolitische Handeln daran zu messen. Was wollen CDU und FDP kulturpolitisch verwirklichen?

II
 Der Kulturrat NRW hatte den Parteien im Vorfeld der Landtagswahl Fragen zu ihrem Programm, so genannte Wahlprüfsteine, vorgelegt, die von diesen auch beantwortet worden sind (s. Kulturrat 2005). Daraus und aus dem Programmpapier der CDU (s. Rüttgers 2005) sowie den Veröffentlichungen in den *Kulturpolitischen Mitteilungen* (s. Kaiser 2005 u. Capune-Kitka 2005) kann das Profil der zukünftigen Landeskulturpolitik zumindest ex ante skizziert werden, auch wenn nicht alles eins zu eins umgesetzt werden wird und wohl auch noch nicht alles gesagt und geschrieben worden ist. Dabei ist es interessant zu sehen, wo und inwiefern sich die neue Landeskulturpolitik von der bisherigen entfernt und ggf. neue Akzente setzt. Dies soll im Folgenden anhand der erkennbar gewordenen *Prinzipien und Grundsätze* (1), der vorgeschlagenen *Strategien der Umsetzung* (2) und der vorgestellten *Schwerpunkte und Programme* (3) geschehen. Dabei beziehe ich mich vor allem auf die Aussagen der Mehrheitsfraktion, aber auch auf die Vorstellungen ihres voraussichtlichen Koalitionspartners.

(1) Prinzipien und allgemeine Grundsätze
 Christdemokratische Kulturpolitik präsentiert sich in ihrem Programmpapier wertegebunden, in expliziter Abgrenzung von postmoderner Beliebigkeit einerseits und irrationalen Fundamentalismus andererseits und mit impliziten Bezug auf die überwunden geglaubte Leitkulturdebatte. Sie setzt – so steht es zu lesen – auf Aufklärung und christlichen Humanismus als Fundamente Europas und als Bollwerk gegen Dogmatismus und Fanatismus. Sie will die »kennerschaftliche und wertende Anteilnahme an der Kultur« fördern, ohne dass »Politiker zu Kunstrichtern werden sollen«. Der Staat hat sich nach ihrem Verständnis bei inhaltlichen Bewertungen in Fragen von Kunst und Kultur zurückzuhalten, aber »er soll ein eindeutiges Bekenntnis zu unserer Kultur ablegen und Strukturen erhalten oder schaffen, die ihrem hohen Qualitätsanspruch Rechnung tragen und ihrer Pflege und Fortentwicklung dienen.« Ziel ist eine »qualitative Neuausrichtung der Kulturpolitik« (vg. Rüttgers 2005), die sich gleichwohl bekannten Prinzipien moderner Kulturpolitik verbunden sieht und auf aktuelle Debatten Bezug nimmt. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit kann ihr Politikverständnis mit Blick auf ihr *Rollenverständnis im Netzwerk der Kulturpolitik*, auf ihre *Verantwortung für die kulturelle Grundversorgung* und ihr *Verhältnis zu anderen Politikressorts* und deren Aufgaben charakterisiert werden.

Die Landeskulturpolitik in NRW sieht sich von jeher in einer komplementären Funktion zur Kulturpolitik der Kommunen und in einer subsidiären *Rolle* gegenüber nicht-staatlichen Trägern im *Netzwerk der Kulturpolitik*. Ihr Politikstil verstand sich vorgeblich kooperativ und nicht direktiv. Nach der Programmatik der CDU soll sich daran nicht viel ändern. Sie will sogar an die »Stelle der staatlich organisierten Kulturbürokratie (...) Strukturen der Teamarbeit und der Organisation in Netzwerken zwischen Bürgern, Städten und Gemeinden, freier Szene, Kirchen, Medien und Kunsthochschulen« setzen. Nach ihrem Verständnis ist staatliche Kulturpolitik »Initiator und Dialogpartner solcher Netzwerke (...) und nicht (...) oberste Regulierungsbehörde.« (s. Kulturrat NRW 2005: 17) Dafür will sie ein »grundsätzlich anderes Gesprächsklima« herstellen, »das davon geprägt sein soll, dass das Land in Partnerschaft mit den Kommunen und den Regionen Landeskulturpolitik trei-

ben möchte – und nicht gegen sie. Als Instrument der Absprache, Beratung und Verständigung will auch die CDU (und wohl auch die FDP) eine neu strukturierte »Landeskulturkonferenz« nutzen, um »konkrete Vorschläge« zu entwickeln, »wie das einmalige kulturelle Potenzial, das Nordrhein-Westfalen vor allem in seinen Kommunen birgt, mit Hilfe des Landes ausgebaut, vernetzt, profiliert und im nationalen wie internationalen Rahmen besser dargestellt werden kann.« In den Kultursekretariaten soll »eine neue Form der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen (...) auf gleicher Augenhöhe« stattfinden. (s. ebd.: 15 u. 31)

Die *kulturelle Grundversorgung* ist in Nordrhein-Westfalen – mehr noch als in anderen Ländern – eine Aufgabe der Kommunen. Auch dies wird sich in der kommenden Legislaturperiode so bleiben. Gesetzliche Regelungen, die zusätzliche Leistungen des Landes enthalten oder die Kommunen stärker in die Pflicht nehmen, sind weder von der CDU noch von der FDP zu erwarten, wenn sie sich an ihre Wahlausagen halten. Allerdings soll sich die »Praxis der Landesregierung (...) an den Grundsatz halten, dass die Kulturförderung keine Aufgabe ist, die dem Belieben der öffentlichen Hand anheim gestellt sein mag.« (s. ebd.: 29). Aussagen zur Beteiligung des Landes an der kulturellen Grundversorgung (etwa die Förderung der Theater und Orchester aus GfG-Mitteln) sind in den bisherigen Verlautbarungen nicht zu finden.² Allerdings gibt es offenbar einen Konsens in der Frage, dass keine neuen »Leuchttürme« erstellt werden sollen, sondern dass es gegenwärtig vielmehr darauf ankomme, »erhebliche Mittel in den

Erhalt der Bausubstanz bestehender kultureller Einrichtungen zu investieren.« Gedacht wird dabei an ein »entsprechendes Sonderprogramm im Rahmen der Städtebauförderung« und an »Kooperationsmodelle mit privaten Investoren«. Die ehemalige kulturpolitische Sprecherin Brigitte Capune-Kitka (2005:31) spricht explizit von einem »Kulturinvestitionsprogramm«, um den Sanierungsstau abzubauen.³ Auch die bislang großzügig praktizierte Restaurierung und Umnutzung ehemalig gewerblich genutzter Gebäude, insbesondere der Industriedenkmäler, wird in Frage gestellt, »wo Investitionskosten und Unterhaltskosten in keinem Verhältnis mehr zum kulturellen Ertrag stehen.« (s. ebd.: 40f.).

Die bisherige Landeskulturpolitik war nicht zuletzt gekennzeichnet durch das Bemühen

der ressortübergreifenden Koordination im Verhältnis zu anderen Politikressorts. Insbesondere die Regionale Kulturpolitik war ein Versuch, die Förderlogik der Kulturpolitik im Sinne einer Kulturstrukturpolitik zu erweitern und dadurch anschlussfähig zu machen an übergeordnete Ziele der Landespolitik und an die Logik und die Ressourcen anderer Politikbereiche. Die Erfolge der regionalisierten Strukturpolitik und der IBA Emscherpark waren dafür ein Vorbild. Kultur sollte ein integraler Bestandteil dieser Programme sein und genoss in den 1990er Jahren auch eine zunehmend größere Wertschätzung in der Wirtschaftspolitik, die in kleineren Programmen wie »StartART« oder den »kulturellen Gründerzentren« ihren Ausdruck fand. Nachdem diese Politik schon in den letzten Jahren nicht konsequent weiterverfolgt worden ist, wird sie in den nächsten Jahren wohl noch mehr an Bedeutung ver-

für einen Innovationsfond sein. (Kulturrat NRW 2005: 35)

(2) Strategien der Umsetzung

Programmpapiere und Wahlausagen behandeln in der Regel stärker das Prinzipielle und weniger das Konzeptionelle oder sogar das Konkrete. Im vorliegenden Fall gibt es jedoch (vor allem Dank der Wahlprüfsteine) einige Bemerkungen und Anhaltspunkte, die auch im Blick auf Umsetzungsfragen aufschlussreich sind. Auch hier sind es drei Punkte, die in den Blick genommen werden sollen: die *Modelle der Kulturförderung*, die *Modalitäten der Kulturfinanzierung* und die *Verfahren der Selbst- und Erfolgskontrolle*.

Die materielle *Kulturförderung* des Landes (jenseits der Unterhaltung eigener Einrichtungen und Programme) erfolgt derzeit aus vielen Händen. Landesstiftungen, Landschaftsverbände,

Landesbüros, Kultursekretariate etc. wirken daran mit. Diese Förderung aus vielen Händen, die eigentlich der dezentralen Struktur der Kulturträger nicht unangemessen ist, wird schon seit vielen Jahren kritisiert und diskreditiert. Auch in den CDU-Papieren findet sich der Vorbehalt der Unübersichtlichkeit und mangelnden Transparenz, die es zu überwinden gelte. Der Förderdschungel in NRW soll »gelichtet« werden, heißt es an mehreren Stellen, ohne dass allerdings Ross und Reiter genannt würden. Dies gilt auch für die Strukturen, die abgebaut werden sollen, weil sie »in keinem angemessenen Verhältnis zum erzielten Effekt bzw. zu den bei der Kultur ankommenden Geldern stehen« (s. ebd.: 18).⁴ Kritisiert wird aber auch die Bürokratielastigkeit der Kulturförderung in den



Befragung der Parteien zur zukünftigen Kulturpolitik des Landes am 25. April im Düsseldorfer Stadtmuseum: Brigitte Capune-Kitka, MdL (Kulturpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion), Klaus Kaiser, MdL (Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion), Manfred Böcker, ehem. MdL (SPD), Oliver Keymis, MdL, (Kultur- und Medienpolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Moderiert wird die Veranstaltung von Dr. Oliver Scheytt (Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft) und Dr. Hans-Georg Bögner (Vorsitzender der Kulturrates NRW).

Foto: J.H.

lieren. Das CDU-Programmpapier widmet ihr zumindest keinen Satz und auf eine entsprechende Frage in den Wahlprüfsteinen des Kulturrates NRW zeigt sich die CDU eher reserviert. Es sei zwar immer gut zu wissen, welchen wirtschaftlichen Stellenwert die Kultur habe und welche Umwegrentabilität die Kulturausgaben der öffentlichen Hand hätten, aber ein wirklicher Ansatzpunkt, um Kulturpolitik zu gestalten, wird darin nicht gesehen. Geprüft werden soll lediglich, ob sich das Förderprogramm StartART bewährt hat und ob es eine Möglichkeit gibt, »Kredite über die Kreditanstalt für Wiederaufbau für den Kulturbereich zu öffnen.« (s. ebd.: 36f.) Die FDP ist dagegen dem Bereich der Kulturwirtschaft gegenüber aufgeschlossener. Sie setzt sich sowohl für die Neuaufgabe der StartART-Programms als auch

staatlichen Behörden, die zu aufwendigen Strukturen und zu vielen Personen, die mit der Weiterleitung geringer Fördermittel beschäftigt seien. (s. ebd.: 55) Angemahnt wird eine »verlässliche Kulturförderung, die Planungssicherheit ermöglicht« (ebd.: 24) und das Antragswesen vereinfacht. Ein »Abrücken vom Einjährigkeitsprinzip zugunsten längerfristiger Förderzeiträume« sei deshalb dringend geboten (ebd.: 55). Die Einrichtung eines selbstverwalteten Fonds ähnlich der auf Bundesebene wird – unter dem Vorbehalt der Finanzierung – sowohl von der CDU als auch von der FDP im Grundsatz für sinnvoll erachtet (ebd.: 57).

Die Ankündigung der CDU, den Kulturhaushalt des Landes angesichts seiner Geringfügigkeit mittelfristig verdoppeln zu wollen, findet sich in allen kulturpolitischen Ver-

lautbarungen der CDU. Konkretes ist dazu allerdings nicht zu erfahren. Auch zu den Modalitäten der *Kulturfinanzierung* des Landes (z.B. zur wichtigen Frage der GfG-Mittel) gibt es keine aufschlussreichen Anmerkungen. Immerhin wird die mangelnde Klarheit des Kulturhaushaltes festgestellt, der »wesentlich transparenter aufgestellt« werden müsse (ebd.: 55). Ansonsten setzt auch die CDU auf »Partnerschaftsmodelle zwischen öffentlichen und privaten Trägern«, die auf Initiative des Landes in allen Bereichen der Kultur zu entwickeln seien, »um privates, insbesondere auch ehrenamtliches Engagement von Bürgern und Unternehmen zu fördern, ohne dass sich dabei die öffentlichen Hände aus der Förderung zurückziehen.« Dies gelte für die Institutionen der freien Szene genauso wie für die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen. Auch der Trägerschaftswechsel hin zu privaten Trägern wird befürwortet (s. ebd.: 53). Darüber hinaus soll dafür gesorgt werden, dass die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden oder Stiftungen durch Gesetzesinitiative des Landes »deutlich verbessert« wird (s. Rüttgers 2005: 14).

Die *Verfahren der Selbst- und Erfolgskontrolle* spielen auch in der Kulturpolitik eine immer größere Rolle. Von Evaluation ist deshalb in fast allen kulturpolitischen Programmpapieren die Rede. Vor allem die SPD (s. Kulturinitiative der NRW SPD 2004) und die FDP haben sich in ihren Erklärungen dafür eingesetzt. So spricht sich die FDP-Vertreterin z.B. dafür aus, »die Ziele kultureller Aktivitäten so zu formulieren, dass ihre Erreichung nachprüfbar ist.« (Capune-Kitka 2005: 31). Leistungskriterien sollen dafür als Indikatoren entwickelt werden. Die CDU will eine »gezieltere Auswertung bzw. Evaluierung von Förderprogrammen« (s. Kulturrat 2005: 24). Sie begrüßt die »Entwicklung eines systematischen Berichts zur Kulturförderung in NRW« und setzt sich für eine jährliche Fortführung ein, wobei jeweils unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden sollten.« (ebd.: 15) Ihr liegt jedoch nicht nur an einer Ex-post-Evaluation der Förderpolitik, sondern auch an einer prospektiven Qualifizierung. Deshalb kann sie der vom Kulturrat NRW ins Spiel gebrachten Idee eines »Innovationsfonds« durchaus etwas abgewinnen, »wenn sich Privatpersonen fänden, die einen Grundstock für einen solchen Fonds anlegen«, und schlägt ihrerseits vor, eine »Denkfabrik« einzurichten, um die Richtung der Landeskulturpolitik zu diskutieren.« (ebd.: 38)

(3) Schwerpunkte und Programme

Aus den allgemeinen Prinzipien und den vorgestellten Politikstrategien sind die Konturen der zukünftigen Landeskulturpolitik bereits ein wenig zu erkennen, auch wenn Neues allenfalls in Nuancen sichtbar wird. Größere

Unterschiede gibt es auf der Ebene der konkreten inhaltlichen Schwerpunkte und Programme. Dies wird schon aus der Zusammenstellung der fünf Bereiche deutlich, auf die sich die CDU in ihrer »qualitativen Neuausrichtung der Kulturpolitik« konzentrieren will:

- auf die *Schulen* als Basiseinrichtungen des Bildungsbereichs, in dem ein verbindlicher Kanon die ästhetische Bildung und Urteilskraft stärken und Kunst und Musik wieder zu Pflichtfächern werden sollen,
- auf die *Hochschulen*, an denen die Geisteswissenschaften wieder eine höhere Bedeutung erhalten sollen, und die *Kunsthochschulen*, die unabhängig davon ihre Eigenständigkeit behalten sollen, damit sich das »Verhältnis von Lehrer und Schüler völlig unabhängig von staatlichen Reglementierungen entwickeln kann«,
- auf den *öffentlichen Raum*, um den Begriff der Schönheit in der Stadtbaukunst wieder zu ihrem Recht zu verhelfen und um wieder »ästhetisch befriedigendere Stadtbilder« zu entwickeln,
- auf die *öffentlichen Kultureinrichtungen*, an deren Erhalt, organisatorischer Effizienz und Fortentwicklung der Staat ein »hohes Interesse« haben muss und die ein breites Publikum erreichen sollen, um es zu einer »lebendigen Auseinandersetzung mit unserer Kultur« zu animieren, und
- auf die *freie Szene* und deren Einrichtungen im nichtstaatlichen Bereich sowie auf die freiberuflich tätigen Künstler, die das Land zwar nicht überall finanziell fördern, aber durchaus zu ihrer »Profizierung und Professionalisierung« beitragen könne. (s. Rüttgers 2005: 6ff.)

Schon diese Auflistung lässt erkennen, dass Kultur wieder stärker in die Nähe der Bildung rücken soll. Es wäre nur konsequent, wenn die Ressortstruktur und die personelle Besetzung diesem Anschein Rechnung tragen würde. Bei den beiden Bereichen, die die Kulturpolitik im engeren Sinne beschreiben, ist immerhin bemerkenswert, dass die freie Szene – wenn auch mit dem Finanzierungsvorbehalt – so prominent platziert ist. Ihr faktischer Stellenwert rechtfertigt dies längst. Denn das Wachstum der kulturellen Beteiligung (einschließlich der Bildungsangebote) und der kreativen Vitalität in den letzten drei Jahrzehnten geht nicht zuletzt auf ihr Konto. Ob sich dies allerdings in Euro und Cent auszahlen wird, bleibt abzuwarten. Wem aber, wenn nicht diesen Akteuren, soll der Geldsegen, so er denn kommt, zuteil werden? Das Programmpapier der CDU gibt darauf nur vage Hinweise. Konzeptionell wird dem Wettbewerb durch Preise und Festivals Vorrang gegeben vor »kurzfristige(r) und undifferenzierte(r) Gießkannenförderung«. Spitzenförderung soll sein, aber nicht auf Kosten der Breitenkultur und der individuellen Künstlerförderung. Alles

dies ist weder neu noch wirklich aufschlussreich. Wo werden die Akzente gesetzt und wie unterscheiden sich diese von den bisherigen?

Neu und den gegenwärtigen kulturpolitischen Diskussionen entsprechend ist sicherlich die starke Betonung der kulturellen Bildung – sowohl durch die CDU als auch durch die FDP – und hier insbesondere die Stärkung des Musik- und Kunstunterrichts an den Schulen. Um die Bildung »ästhetischer und kunstgeschichtlicher Urteilskraft« und die »Einübung künstlerischer Fertigkeiten zu ermöglichen, sollen »Künstler (Musiker, Schriftsteller, bildende Künstler, Architekten, Schauspieler und Regisseure) (...) in die Gestaltung des Unterrichts« einbezogen werden. Dafür sollen »unbürokratische Modelle der Vertragsgestaltung und Bezahlung« entwickelt werden (s. Rüttgers 2005: 7). Vorgeschlagen wird ferner, dass »die Kultursekretariate oder andere Institutionen« dafür ein »systematisches Fortbildungsprogramm für Künstler« aufbauen (ebd.: 9). Auch die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Kultureinrichtungen im Rahmen der Ganztagschulen ist nach Auffassung der voraussichtlichen Regierungskoalition weiter zu entwickeln. Kulturelle Bildung beschränkt sich nach ihrem Verständnis jedoch nicht nur auf Kinder und Jugendliche, sondern sollte vom Kindes- bis zum Seniorenalter Priorität haben. Jedes Kulturinstitut und jeder in der Kultur Beschäftigte sei deshalb aufgefordert, »die ästhetische und kulturhistorische Bildung von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Senioren zu fördern.« (ebd.) Auch die vom Land geförderten Büros und Verbände sollen diesbezüglich in die Pflicht genommen werden.

Neben der kulturellen Bildung ist den von der CDU formulierten 12 Schwerpunkten jedoch nur wenig zu entnehmen, was oben nicht bereits erwähnt worden ist oder was es früher nicht schon gegeben hätte: die Substanzerhaltung der kulturellen Infrastruktur »als oberste Priorität«, haushaltrechtliche Erleichterungen, die Förderung des Medienstandortes NRW, die Erweiterung der nord-rhein-westfälischen Akademie der Wissenschaften um die Bereiche Kunst und Wirtschaft, die Stärkung des staatlichen Mäzenatentums, die gezieltere Förderung der Bibliothekslandschaft (z.B. durch Fortbildung), vor allem in kleineren Kommunen. Zu erwähnen ist ferner, dass die CDU seitens des Landes eine »systematische internationale Kulturpolitik« aufbauen will und dazu auch konkrete Vorstellungen hat (s. Kulturrat NRW 2005: 19).

Bemerkenswert ist jedoch auch, was zu den bisherigen Schwerpunkten der Landeskulturpolitik, der Regionalen Kulturförderung und der RuhrTriennale, gesagt bzw. nicht gesagt wird. Das Engagement in den Regionen soll »nachhaltig gefördert« und »neu organisiert« werden, wobei sich das Neue auf einen ande-

ren Zuschnitt der bisherigen Regionsgrenzen (s. Rüttgers 2005: 14), auf die Intensivierung des Austauschs mit den unmittelbaren Nachbarn im Westen und auf die Effektivierung des gegenseitigen Kulturmarketings bezieht. Der RuhrTriennale wird im Programmpapier der CDU attestiert, dass sie »Kunst und Kultur auf Spitzenniveau« präsentierte und der »Metropolregion an der Ruhr die internationale Aufmerksamkeit« gebracht habe, »die sie verdient« (ebd.: 10). Unter Punkt 9 der Schwerpunkte, in dem es darum geht, in Kooperation mit den Städten und in Zusammenarbeit mit den beiden Kultursekretariaten »Kulturinstitute und -ereignisse von internationalem Rang hervorzubringen« (ebd.), wird sie dagegen nicht genannt. Dies mag ein Trost sein für die Soziokulturellen Zentren, denen in den vorgelegten Papieren noch weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird, bis auf die Empfehlung in der Antwort auf die Wahlprüfsteine, dass die Voraussetzung eines baulichen Modernisierungsprogramms wäre, dass sie sich auch »inhaltlich modernisieren« (Kulturrat NRW 2005: 44). Keine Erwähnung findet dagegen schließlich ein weiterer – freilich marginal ausgestatteter »Schwerpunkt« der Vesper-Ära, der auch in der bundesweiten kulturpolitischen Diskussion in den letzten Jahren programmatisch gestärkt worden ist: die interkulturelle Kulturarbeit.

III

Wer sich die beschriebene Programmlage vor der Wahl ansieht, dem fällt die hohe Übereinstimmung der Aussagen von CDU und FDP ins Auge. Während die Liberalen jedoch auf Pragmatik pur machen, versucht sich die CDU auffällig ausführlich auf eine inhaltlich-programmatische Positionsbeschreibung, die streckenweise in der Tat den Eindruck macht, als wolle man »die unselige Debatte um die Leitkultur neu (...) entfachen« (Rossmann 2005: 35). Wenn von dem »Ringeln« um unsere christlich-jüdisch und durch die Aufklärung geprägte Kultur die Rede ist, die es vor postmoderner Beliebigkeit und Fundamentalismus zu bewahren gelte, dann steckt darin sicherlich mehr als Wahlkampfretorik. Es verweist auf eine andere Politik, in der z.B. der interkulturelle Dialog eben nicht mehr *expressis verbis* vorkommt. Ob dies einer um Integration bemühten, aufgeklärten und pluralistischen Kulturpolitik angemessen ist, darüber wird zu streiten sein.

Nachvollziehbar ist indes die Aufwertung der kulturellen Bildung als Querschnittsaufgabe der Kulturinstitutionen und der Schulen und damit auch der intendierte Perspektivenwechsel von einer eher an spektakulären Events und an neuen Bauten und Angebotsstrukturen orientierten Kulturpolitik hin zu einer Politik der Bestandssicherung und Nachfrageaktivierung. Ob dies allerdings ange-

sichts des enormen Bedarfs der Kulturpolitik an öffentlichkeitswirksamen Inszenierungen und spektakulären Neueröffnungen im Alltag auch durchzuhalten sein wird, ist die Frage. Auch die grundsätzlich zu begrüßende neue Wertschätzung der kulturellen Grundversorgung und der Breitenkultur, die zugunsten einer Leuchtturmpolitik in der Vergangenheit gelitten habe, wird mit diesem Vorbehalt zu rechnen haben. Unbestritten sinnvoll dürfte hingegen die Stärkung der Internationalen Kulturpolitik sein, die bislang eher ein Schattendasein fristete. Auch der neue Versuch, mit den Kommunen enger zusammenzuarbeiten und die Kultursekretariate ggf. auszubauen, ist fraglos richtig. Aber ist das schon eine »Neuausrichtung der Kulturpolitik«? Wohlklingende Programmsätze und gut gemeinte Versprechen gab es schon häufiger. Solange sie nicht durch konkrete Etatansätze und Maßnahmen unterlegt werden, bleibt jene Zurückhaltung geboten, die in dem überlieferten Sinnanspruch des legendären Dortmunder Fußballtrainers Adi Preisler so prägnant zum Ausdruck kommt: »Grau ist alle Theorie, aber entscheidend ist auf'm Platz.«

Norbert Sievers

Literatur/Quellen

- Capune-Kitka, Brigitte (2005): Offensive für eine neue Kulturpolitik in NRW. Förderung von Kultur in ihrer Vielfalt und Breite, in: *Kulturpolitische Mitteilungen* 108 I/2005, S. 22f.
- CDU (2005): Für einen kulturellen Aufbruch in Nordrhein-Westfalen, in: www.cdu-nrw.de
- Kaiser, Klaus (2005): Für einen kulturellen Auf-

bruch in Nordrhein-Westfalen, in: *Kulturpolitische Mitteilungen* 108 I/2005, S. 20-22

- Kulturinitiative der NRW-SPD (2004): Zukunft der Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen, in: *Kulturpolitische Mitteilungen* 107 IV/2004, S. 20-22
- Kulturrat NRW (2005): Kulturpolitische Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2005, in: www.kulturrat-nrw.de
- Rossmann, Andreas (2005): Prädikat wertvoll. Aufbruch NRW? Was Jürgen Rüttgers kulturpolitisch verheißt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. Januar 2005, Nr. 22, S. 35
- Rüttgers, Jürgen (2005): KULTURMACHTNRW. Für einen kulturellen Aufbruch in Nordrhein-Westfalen, hrsg. von der CDU Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf (www.cdu-nrw.de)

- 1 Beispielhaft für die Verunsicherung der Kulturszene war die Presseinformation der Kulturates NRW vom 11. Mai, in der Bezug nehmend auf die oben erwähnte Veranstaltung zu lesen war, der kulturpolitische Sprecher der CDU habe die Anwesenden mit der Aussage »proviziert«, die Landeskulturmittel bis zum Jahr 2010 von 70 auf 140 Mio. € zu erhöhen.
- 2 Relativierend ist freilich anzumerken, dass die CDU immerhin die Zusammenarbeit mit den Bibliotheken verstärken und sicherstellen will, dass »die Bibliotheksversorgung in ländlichen Gebieten und in vergleichsweise kulturfernen Stadtteilen« gewährleistet ist (s. CDU 2005: 10).
- 3 Schon vor Jahren ergab eine Bestandserhebung, dass es vor allem bei den kommunalen Theatern ein von den Städten nicht mehr zu bewältigendes Reparaturstau in einer Größenordnung von ca. 300 Mio. DM gebe, der inzwischen sicherlich noch gewachsen sein dürfte.
- 4 Möglicherweise sind damit auch die Landesbüros gemeint, die durch eine »Bündelung und Neuausrichtung« gestärkt werden sollen (s. CDU 2005: 10).

Wege der Kulturen – Symposium in Freiburg – 20. bis 22. Oktober 2005

»Der flexible Mensch zwischen Welt, Europa, Nation und Region« steht im Fokus der 5. *Deutsch-Französischen Kulturgespräche* in Freiburg. Die Kulturpolitische Gesellschaft unterstützt das inzwischen über zehn Jahre bewährte Forum zum Austausch zwischen Kulturschaffenden, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen als eine von mehreren internationalen Partnern der Stadt Freiburg und des Frankreich-Zentrums der Universität Freiburg.

Die *Kulturgespräche* reflektieren aktuelle kultur- und gesellschaftspolitische Herausforderungen im europäischen Kontext. Nach *Soziale Integrität als kulturelle Aufgabe* (1996), *Globalisierung: Die kulturelle Herausforderung für Europa* (1998), *Die Stadt als europäische Lebensform* (2000) und *Projekt Europa: Lebenswelten, Gesellschaft, Verfassung* stehen mit *Wege der Kulturen* nun die komplexen Herausforderungen differenzierter gesellschaftlicher und individueller Identitätskonstruktionen im Vordergrund.

Kann der durch Migrations- und Immigrationsbewegungen ausgelöste kulturelle Austausch zum Paradigma für die Möglichkeiten und Grenzen europäischer Integration werden? Welche Rolle spielen die Entstehung und Eigenart kultureller Muster und ihre Funktion für die Modellierung von nationaler und regionaler Identität? Angesichts der Vielfalt und wechselseitigen Durchdringung differenter kultureller Muster in verschiedenen Lebensbereichen steht zunehmend in Frage, ob Kunst und Kultur überhaupt noch verbindliche Orientierungen geben können. Während die modernen Medien die hybride Kultur eines »global village« hervorbringen, antworten darauf bewusste kulturelle Abgrenzungen, die konservativ und affirmativ sein können. Verfügt Kultur unter diesen Bedingungen noch über eine transformative Kraft? Vorträge und Foren, eine von ARTE konzipierte Filmreihe, Ausstellungen und Konzerte suchen aus sehr unterschiedlichen Perspektiven konstruktive Annäherungen.

Unter den etwa 40 ReferentInnen und DiskussionspartnerInnen sind u. a. der Künstler Jochen Gerz, der zusammen mit dem französischen Soziologen Luc Boltanski in der Eröffnungsveranstaltung diskutieren wird, Raymond Weber vom Europa Kolleg Brügge, der Philosoph Dick Howard, der Schriftsteller Jean Rouaud und die Schriftstellerin Fatou Diome, Jean Hurstel vom Netzwerk »Banlieues d'Europe« und Roland Bernecker, Deutsche UNESCO-Kommission, Daniel Vernet von »Le Monde«, Laure Adler von »France Culture« und Winfried Veit von der Friedrich-Ebert-Stiftung, die neben dem Land Baden-Württemberg, dem Centre Culturel Français Freiburg, dem SWR, ARTE und dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg ebenfalls Kooperationspartner sind.

Ein ausführlicher Vorbericht wird in der nächsten Ausgabe der *Kulturpolitischen Mitteilungen* erscheinen.

Informationen: Kulturamt Freiburg, Münsterplatz 30, 79098 Freiburg, T 0761-201 2101, F 0761-201 2199, E-Mail: kulturamt@stadt.freiburg.de, Internet: www.freiburg.de/korrespondenzen